



f Elke Kahr

Gemeinderat Graz:
Damit Sie wissen, was im Rathaus vorgeht!

Gemeinderatssitzung 17. Dezember 2015



GRAZ **KPO** informiert:
www.kpoe-graz.at Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs

Hilfe für Schmerzpatienten

Nicht einmal für die Hälfte der etwa 23.000 chronischen SchmerzpatientInnen in der Steiermark reicht die Behandlungskapazität laut einer Erhebung der Österreichischen Schmerzgesellschaft (ÖSG) aus. In der Stadt Graz sind Schmerzzambulanzen im LKH Graz, LKH Graz West, sowie im KH der Elisabethinen untergebracht. Eine weitere wurde allerdings erst vor wenigen Jahren geschlossen. Lange Wartezeiten, steigende Behandlungskosten, aber auch ansteigende volkswirtschaftliche Auswirkungen sind die Folgen.

KPÖ-Gesundheitssprecherin **Elke Heinrichs** setzt sich für die Einrichtung einer multimodalen Tagesklinik zur Schmerzbehandlung ein, wie es sie am Klinikum Klagenfurt bereits gibt. „Das würde auch bedeuten, dass sich gesamtgesellschaftlich geringere Folgekosten ergeben“, so Heinrichs. Ihr Antrag wurde im Gemeinderat einstimmig beschlossen.



REININGHAUSGRÜNDE:

Radwege vernünftig planen

Ein Siegerprojekt für die so genannte „Esplanade“ im Stadtteil Reininghaus wurde präsentiert. Die Bilder zeigen, dass die Radwege zwischen den Wartehäuschen und der Straßenbahn verlaufen sollen. „Die Annenstraße und andere Stellen in Graz zeigen, wie gefährlich es ist, wenn die Fahrgäste zum Betreten der Straßenbahn die Radwege queren



müssen“, sagt KPÖ-Gemeinderätin **Christine Braunersreuther**.

In der Gemeinderatssitzung verlangte sie Auskunft, wieso ein solches Konzept ausgewählt wurde. Jetzt wurde eine Überarbeitung der Pläne zugesichert, die sicherstellt, dass Radwege hinter den Warteflächen und nicht zwischen Warte- und Haltestellenbereich verlaufen



Die Fehler der Annenstraße nicht wiederholen! Radwege zwischen Haltestellen und Bim zu planen, ist Unsinn, sagt die KPÖ.

Elke Kahr

Einkommensgrenze für Wohnbeihilfe – viel zu niedrig!



Die Arbeiterkammer hat ausgerechnet, dass Mieten allein in den Jahren zwischen 2008 und 2014 um 18,7% und Betriebskosten sogar um 19,5% teurer geworden sind. Im selben Zeitraum wurde die Wohnbeihilfe von 182 auf höchstens 143 Euro gekürzt. Für nächstes Jahr ist wieder keine Erhöhung der Wohnbeihilfe vorgesehen. Die Einkommensgrenze, ab der überhaupt Wohnbeihilfe gewährt wird, soll lediglich um 10 Euro von 872 auf 882 Euro angehoben werden.

Wenn man weiß, wie teuer die Wohnungen werden, kann man diese Erhöhung der Bezugsgrenze nur für einen schlechten Scherz halten!

Aufgrund der niedrigen Einkommensgrenzen greift die Wohnbeihilfe schon seit langem nicht mehr. So hat zum Beispiel selbst ein Pensionistenehepaar, das Mindestpension bezieht, keinen Anspruch. Eine spürbare Erhöhung der Bemessungsgrundlage, die mit der Preissteigerung bei den Mieten Schritt hält, wäre dringend notwendig, um die Gruppe jener, die Wohnbeihilfe beziehen können, auszuweiten und die Teuerung für einkommensschwache Menschen abzufangen.

IHRE KPÖ-STADTRÄTIN ELKE KAHR

Erstmals Gemeindewohnungen in Geidorf

Einstimmig hat der Gemeinderat die Einräumung eines Baurechts an die GWS für die Errichtung von Gemeindewohnungen in der Max-Mell-Allee beschlossen. 38 Wohnungen, für SeniorInnen, Alleinerziehende und junge Familien, werden entstehen.

Elke Kahr: „Damit werden erstmals Gemeindewohnungen

im Bezirk Geidorf gebaut. Das beharrliche Eintreten dafür, dass Gemeindewohnungen auch in Grazer Bezirken, wo es bisher keine oder kaum Gemeindewohnungen gab, hat sich ausgezahlt. In Mariatrost und in Geidorf ist uns das gelungen, in Waltendorf und St. Peter sind weitere Gemeindewohnungen geplant.“

Abbiegen leicht gemacht

In mehrspurigen Kreuzungsbereichen, z.B. beim Abbiegen von der Fabrikgasse in den Laza-rettgürtel oder von der Exerzierplatzstraße in die Wiener Straße kommt es immer wieder zu Staus. Leitlinien zum Abbiegen könnten



Abhilfe schaffen. „Es soll ermittelt werden, in welchen Kreuzungsbereichen Leitlinien zum flüssigen Abbiegen umgesetzt werden können“, so KPÖ-Gemeinderat **Christian**

Sikora. Er hat dies im Gemeinderat beantragt.

Kirchnerkaserne kaufen!

Im vergangenen Jahr hat der Grazer Gemeinderat die Stadtregierung damit beauftragt, das Areal der Kirchnerkaserne für die Stadt Graz zu sichern. Ein diesbezüglicher Antrag der KPÖ wurde im Oktober 2014 einstimmig beschlossen. Jetzt hat die SIVBEG angekündigt, das Areal zu verkaufen.

„Es ist wichtig, dass die Stadt Graz sich die Flächen der Kirchnerkaserne sichert, um Vorhaben, die für die Bevölkerung im Bezirk Jakomini von Bedeutung sind, wie Grünraum, Angebote für Sport und Kultur, Garten-

projekte, Raumangebote für sozial- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, Kinderbetreuungseinrichtungen, aber auch Gemeindewohnungen verwirklichen zu können“, betont Stadträtin **Elke Kahr**. „Die Stadt sollte diese Chance ergreifen.“

Mieternotruf
717108
www.kpoe-graz.at/mieternotruf
Auf keinen Menschen vergessen!

Nächtlicher Verkehrslärm

Seit der Änderung der Streckenführung der Straßenbahnlinie 1 durch die Laudongasse über den Kreuzungsbereich Alte Poststraße direkt in die Georgigasse gibt es immer wieder Klagen über den nächtlichen Lärm, weil Fahrzeuge mit überhöhter Geschwindigkeit über die Schienen donnern. KPÖ-Gemeinderätin **Uli Ta-**

berhofer fordert jetzt wirksame Maßnahmen dagegen – etwa eine Geschwindigkeitsbegrenzung zwischen der Volksschule Leopoldinum und der Krausgasse.



Kein Geld für Kastner-Dach?

Man sei angesichts der wirtschaftlichen Lage „aktuell“ nicht in der Lage, das Bronzedach finanziell zu stemmen, hieß es in den letzten Jahren immer wieder seitens der Kastner & Öhler-Geschäftsführung. Zuletzt wurde bekannt, dass Kastner & Öhler demnächst ein vierstöckiges Geschäftsgelände in Klagenfurt errichten und dabei einen zweistelligen Millionenbetrag investieren will.



„Es ist schon sehr seltsam – für eine Großinvestition in Klagenfurt ist das nötige Geld offenbar vorhanden, für das Bronzedach, das der Grazer Bevölkerung bereits 2006 versprochen wurde nicht. Dabei riskiert das Kastner-Management, dass Graz seinen Weltkulturerbetitel für Altstadt/Dachlandschaft verliert“, zeigt sich KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch** empört.

Für Eltern-Kind-Parkplätze

In Einkaufszentren sind Eltern-Kind-Parkplätze schon Standard. Im öffentlichen Raum gibt es sie hingegen noch gar nicht. KPÖ-Verkehrssprecher **Manfred Eber** regte an, solche Parkmöglichkeiten im Umfeld von Ämtern und Behörden einzurichten.



Mops als Schwarzfahrer

Auf der Homepage der Graz Linien war zu lesen, dass Hunde, die „auf dem Schoß der Halterin/des Halters befördert werden können“, gratis mit den Grazer Öffis fahren. Auf diese Information vertraute eine Grazer Hundebesitzerin – wurde aber prompt abgestraft und musste 95 Euro Strafe für ihren „schwarz“ mitgeführten Mops bezahlen. Sie wandte sich an KPÖ-Gemeinderat **Robert**

Krotzer, der zur Klärung eine Anfrage an Verkehrsstadtrat Eustacchio (FPÖ) stellte. Eustacchio reagierte – leider nicht im Sinne der Hundebesitzerin, sondern in dem die Formulierung auf der Homepage der Holding Graz geändert wurde.



Lohndumping vermeiden

Ein Präsidialerlass der Stadt sieht vor, dass AsylwerberInnen für verschiedene Hilfstätigkeiten in den Dienststellen der Stadt Graz gegen ein Entgelt von fünf Euro pro Stunde herangezogen werden dürfen. Dies gilt für Reinigungsarbeiten, die Betreuung von Park- und Sportanlagen genauso wie für Übersetzungen. KPÖ-Gemeinderat **Kurt**

Luttenberger äußerte in der Gemeinderatssitzung große Skepsis gegenüber dieser Praxis. „Niedrige Bezahlung für eine Bevölkerungsgruppe führt unweigerlich zu einem Lohndumping für alle Beschäftigten“, so Luttenberger.

